

Krafsamer Zeitung.

Nr. 10.

Samstag den 13. Jänner.

1866.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsam 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die vierstellige Zeitzeile 5 Mr., im Anzeigebrett für die erste Einrechnung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 31. December v. J. dem Vorsteher der Bergwerkscollegien bei k. k. Hofrat Joseph Schroll in Anerkennung seiner eifrigen und ersprießlichen Thätigkeit das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Jänner d. J. dem Brünner Domcapitular und Diöcesanbibliothekar Carl Röttig in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsam, 12. Jänner.

Die Mittheilung von der Wiederaufnahme der Londoner Conferenzen hat sich als unbegründet, oder doch als verfrüht erwiesen. Indessen scheint doch so viel festzustellen, daß die Schleswig-Holsteinische Frage in der jüngsten Zeit in Paris und London wieder in Anregung gebracht worden ist. Man hält — schreibt man der „F. P. Z.“ — es in Wien nicht nur für möglich, sondern auch für wahrscheinlich, daß Oesterreich, wenn alle Versuche, mit Preußen zu einer befriedigenden, die Rechte des Bundes wahrenden Ausgleichung zu gelangen, scheitern sollten, ein Zurückgreifen auf die Londoner Protocolle für angezeigt halte. Ob aber der Zeitpunkt hierfür schon so nahe bevorsteht, möchten wir bezweifeln. Indessen scheint auch die preussische Politik in dieser Angelegenheit nicht müßig zu sein. So wird unter Anderem berichtet, daß sie in der letzten Zeit den Versuch gemacht habe, sich mit Rußland darüber zu verständigen, während zu gleicher Zeit in der „Allgemeinen Zeitung“ gemeldet wird, daß der Fürst von Hohenzollern sich in der Absicht nach Paris und London begeben habe, den Boden hinsichtlich Schleswig-Holsteins zu sondiren und den preussischen Forderungen ein geneigteres Gehör zu verschaffen, als sie bisher daselbst finden konnten. (Die Unrichtigkeit dieser Behauptung haben wir bereits erwähnt.) So viel wenigstens scheint aus den verschiedenen Nachrichten hervorzugehen, daß die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit demnächst wieder einmal einen Berathungsgegenstand für die europäische Politik bilden wird. Wir bemerken nur, daß der „aus Baiern“ datirte Artikel der „Frankfurter Post-Zeitung“ als ein officiöser betrachtet und daß gleichzeitig ein zweiter Artikel der „F. P. Z.“ telegraphisch signalisirt wird. Dieser Artikel behauptet, daß die Westmächte, zunächst untereinander, in der Schleswig-Holsteinischen Frage verhandeln. Die Anregung sei vom französischen Cabinet ausgegangen. England habe den Vorschlag, wie er von Paris ihm übermittelt worden, nicht acceptiren zu können geglaubt, aber es habe bestimmte Voraussetzungen angedeutet, mit deren Vorhandensein es in die Sache einzutreten bereit sei. Zunächst lasse es nur sagen, daß England, sobald jene Voraussetzungen gegeben, eine Action in Aussicht nimmt, welche die Angelegenheit sofort auf den völkerrechtlichen Boden und auf den Boden einer bedeutsamen Thatfache stellt. Wir haben alles dieses bereits gemeldet. Obige Mittheilung ist gleichlautend als Correspondenz in einer großen Anzahl von Blättern aufgetaucht.

Die „Kieler Ztg.“ veröffentlicht ein Rescript des Statthalters, welcher dasselbe, in Verufung auf die Erklärung der Bundestagsgesandten der deutschen Großmächte vom 18. November, die Entgegennahme von Petitionen, welche die Einberufung der Stände fordern, entschieden ablehnt.

Die „Kreuztg.“ schreibt: Die Nachricht von einer Absicht Oesterreichs, die Frage der Einberufung der Schleswig-Holsteinischen oder auch nur der holsteinischen Stände von Neuem anzuregen, ist, wie uns auf das Bestimmteste und Zuverlässigste versichert wird, eine absolute Erfindung der Wiener Zeitungs- und Correspondenten. Man darf fest überzeugt sein, daß der österreichischen Regierung ein solcher Gedanke durchaus fern liegt.

Graf Karolyi, der österreichische Gesandte in Berlin, ist, wie wir bereits berichteten, gestern auf seinen Posten zurückgekehrt. Er soll, wie der „Debatte“ mitgetheilt wird, Instruktionen mitgenommen haben, deren Charakter sich in Kürze dahin bezeichnen läßt, daß sie genau der Gasteiner Convention entsprechen, d. h., da die von Oesterreich aufgestellten Vorschläge, um zu einer definitiven Lösung der Herzogthümerfrage zu gelangen, seitens des Berliner Cabinets verworfen wurden und dessen Gegenvorschläge bis jetzt unvereinbar erscheinen mit der Unabhängigkeit des zu gründenden Staates, bleibt für Oesterreich nichts anderes übrig, als, auf die Gasteiner Convention gestützt, abzuwarten, ob der Condominus annehmbare Vorschläge zu machen haben wird.

Aus Berlin läßt sich die „Befr.“ schreiben,

daß Baron Scheel-Weßsen in seiner Audienz, welche er bei dem Könige gehabt hat, sich sehr unbefriedigt geäußert haben soll über den Stillstand der preussischen Politik in den Herzogthümern. Preußen wird verlaßt, soll aus seiner Passivität heraustreten. Das Beharren in dem status quo sei schlimmer als der Gasteiner Vertrag.

Laut einer officiösen Darlegung des „Hamb. Correspondenten“ wird die Hamburger Regierung gegen das Verfahren Preußens in der Bauener Post-Frage den Bundesweg betreten. Die Hamburger Regierung wird für ihren Rechtsstandpunkt theilweise darauf fußen, daß laut Postvertrag von 1863 mit den Bundes-Civilcommissären ihr allein die Postbeförderung in den Elbergherzogthümern bis zur definitiven Lösung des zukünftigen Schicksals der Herzogthümer zusteht, jedenfalls aber derlei Fragen zwischen Regierungen nicht gewaltthätig gelöst werden sollten, wie eben geschehen ist.

Die Nachrichten über den Zustand in Spanien laut n noch immer widersprechend. Was der Telegraph aus Madrid bringt, kommt aus den Händen der spanischen Regierung und lautet entschieden günstig für die letztere; Privatnachrichten dagegen melden mehrseitige Fortschritte des Aufstandes. In Burgos, Saragossa, Valencia und Barcelona sollen Unruhen stattgefunden haben, und Barcelona in Belagerungsstand erklärt sein; auch seien neuerdings mehrere Regimenter zu General Prim übergegangen, der nun 2000 Mann unter seinem Commando habe; derselbe Prim, den die Madrider Telegramme bereits durch halb Spanien getrieben und zu einem wahren „Ueberall und Nirgends“ gemacht haben.

Ueber dieses telegraphische Unwesen bemerkt die „Opinion Nationale“ treffend: „Die spanische Gesandtschaft verlegt mit ihren Telegrammen alle Geographen in gelinde Verzweiflung. Seit drei Tagen ist Prim fortwährend auf dem Rückzuge. Am ersten Tage war er von Madrid nach Aranjuez und von da nach Cuenca gezogen, bei dreißig Meilen. Am zweiten Tage ist Prim in Ciudad-Real auf dem Rückzuge nach Andalusien, 15 Meilen weit von Madrid und 20 Meilen weit von Aranjuez. Am dritten Tage ist Prim noch mehr auf dem Rückzuge aber diesmal in der Richtung nach Portugal. Nachdem er im Nordosten, dann in Süden gestanden, läßt man ihn gegen Westen fliehen, das gibt in drei Tagen einen mittleren Durchschnitt von 40 Meilen.“ Nach unserem heutigen Telegramm marschiren die „entmuthigten Insurgenten“ zur Abwechslung wieder einmal „gegen die Berge von Toledo“; außerdem „herrscht überall Ruhe“! Zugleich aber wird berichtet, daß General Concha nach Madrid zurückkehrt, das heißt natürlich, daß Concha, welcher zu Prim's Befolgern gehörte, von diesem geschlagen worden ist, oder daß seine Truppen zu Prim übergingen; an Concha's Stelle hat Marshall Serrano den Befehl einer der Insurgenten verfolgenden Colonne erhalten. Der Gouverneur von Zamora soll der Regierung berichtet haben, er habe die Insurgenten von Avila wegen der Dichtigkeit des Nebels nicht verfolgen können.

Nach den neuesten Briefen der „F. P.“ aus Madrid stände Prim bereits an der Spitze von 6 bis 7000 Mann, die in zwei Corps getheilt seien, wovon das eine von ihm selbst, das andere von dem Brigadier Milaw de Bosch befehligt werde. General Zabala sei seiner Truppen nicht sicher; das Gleiche hätten die General-Capitäne von Burgos und Valladolid erklärt. In ersterer Stadt, sowie in Tarragona sollen Unruhen ausgebrochen sein. Das Bataillon von Avila, von dem man glaubt, daß es sich bereits in Portugal befinde, soll bloß den Weg nach Estremadura eingeschlagen haben, um sich daselbst zu verstärken. Nach Madrid wurden 5000 Mann Gendarmen gezogen, weil man sich auf die Garnison nicht verlassen kann.

Die „France“ meint, aus Spanien verläufte wenig, doch daraus erhelle, daß der Aufstand noch nicht besiegt sei; das Wichtigste sei der Ausbruch in Barcelona. O'Donnell hat, um die Königin direct vor den Miß zu stellen, derselben ein Decret vorgelegt, worin Prim seiner Stellen und Ehren entsetzt und in die Acht erklärt werden soll; die Königin hat, wie es scheint, nicht ohne Kampf ihre Unterschrift gegeben; ersichtlich ist das Decret bis jetzt jedoch noch nicht.

Die „Patrie“ läßt sich aus Madrid vom 6. d. melden, daß der Clerus sich der Empörung feindlich zeigt. Mehrere Bischöfe haben die Abhaltung öffentlicher Gebete für den Erfolg der Regierungstruppen angeordnet.

Der „Moniteur“ berichtet aus Madrid vom 10.: General Zabala fährt fort, Prim zu verfolgen. Am 10. herrschte in Madrid einige Bewegung. Bei der Puerta del Sol stieß ein Student aufrührerische

Ause aus; es wurden jedoch Maßregeln getroffen, um eine ernstliche Ruhestörung zu verhindern.

Aus Barcelona vom 10. berichtet die „Patrie“: Heute wurde die Ruhe nicht gestört. Am 9. warf das Volk Steine nach den Truppen, welche Feuer gaben. Der Abend war ruhig; in der Nacht campirten die Truppen. Verstärkungen sind angekommen.

Ein Pariser Berichterstatter der „F. P.“ schreibt: Gewiß ist, daß die Verschwörung sich auf alle Regimenter und alle Grade erstreckt hatte; daß O'Donnell ihr theilweise zuvorkam, und daß sie, wäre sie um 14 Tage früher ausgebrochen, alles vor sich niedergeworfen hätte. Die Politik des Militäraufstandes unter Prim ist auf das „Progressisten“-Manifest vom 20. November zurückzuführen. Es verlangte: Beseitigung der Ausgaben, Abschaffung des Decret, eine Zolltarifreform, Herabsetzung des Wahlcensus, Gedanken- und Gewissensfreiheit in Wort und Schrift, vollständige Säkularisirung des öffentlichen Unterrichts, Versammlung- und Vereinsrecht, die Verfassung von 1856, endlich die constitutionelle Monarchie. O'Donnell gab dem Manifest folgende Zustimmung: „Ich bin noch bereit, mich für jene Grundsätze unserer großen Partei zu opfern.“ Die Spanier in Paris begreifen, daß die volks- und staatswirtschaftlichen Interessen auch in Spanien bereits die politischen Parteifragen überwiegen. Sie verlangen durchschnitlich eine aufgelockerte Dictatur, zu welcher jedoch der rechte und große Mann nicht zu finden ist. Ob Prim oder O'Donnell der Dictatur sich bemächtigt, scheint ihnen ziemlich gleichgültig zu sein. Es ist möglich, daß die öffentliche Meinung in Spanien schon reifer ist, als man gewöhnlich glaubt, und sich für den Aufstand der Soldateska nicht weniger als begeistert. Am so leichter wäre es dem siegenden O'Donnell, so wohl gegen oben als unten den von ihm erwarteten Staatsfriede im liberalen Sinne auszuführen. Aber dazu traut man ihm weniger Talent als dem General Prim zu. Die Börse und die Spanier erwarten, O'Donnell werde seine Schuldigkeit thun, oder dem General Prim den Platz räumen. Eine liberale Partei ist noch immer eine Chimäre. Die Nation, bis auf wenige Ausnahmen, haßt die Portugiesen noch mehr als die Franzosen. Portugal hat unter Philipp II. zu Spanien gehört und Alles daran gesetzt sich loszureißen.

In Wien eingetroffene Pariser Berichte signalisiren eine Ministerkrise in Frankreich. Lapalette und Drouyn de Lhuys wanken. Das Gerücht, daß Benedetti der Nachfolger des letzteren sein werde, wird als unbegründet bezeichnet.

Die Antwort, welche Se. Heiligkeit der Papi auf die beleidigende Neußerung des Baron Meyendorff, daß der Katholicismus gleichbedeutend sei mit Revolution, gegeben, soll nach dem „Neuen Fremdenblatt“ wortgetreu lauten, wie folgt: „Ich kann nicht glauben, daß Ihr Convent die Beauftragung habe, mich in meinem eigenen Hause zu insultiren. Ich achte Ihren Monarchen, aber keinen Geschäftsträger erliche ich, mich zu verlassen.“ Die letzten Worte waren von einer bezeichnenden Geste nach der Bühe hin begleitet. Dasselbe Blatt bestreitet, daß Herr v. Meyendorff bereits provisorisch durch den der Wiener ruffischen Gesandtschaft attachirten Staatsrath Wastilchitsch ersetzt sei. Bei der Spannung, welche zwischen dem Vatican und dem Petersburger Cabinet besteht, lasse sich viel eher annehmen, daß der diplomatische Verkehr vorläufig gänzlich abgebrochen werden dürfte.

Graf Hompesch, der neue bairische Gesandte am Hofe zu Florenz ist dort, wie dem „Neuen Fremdenblatt“ berichtet wird, sehr feix und förmlich empfangen worden. Der Graf war nie ein sonderlicher Freund der Dinge, wie sie sich seit dem Jahre 1858 auf der italienischen Halbinsel entwickelt haben, und hat aus seinen Gefinnungen niemals ein Hehl gemacht, so daß er also nichts weniger, als eine angenehme Person am Hofe von Florenz sein konnte. Sollte man ihn vielleicht gerade deshalb nach Florenz geschickt haben?

Während noch vor einigen Tagen officiële russische Organe die Nachricht, daß die Westmächte im Begriffe stehen, gemeinsame Maßregeln bezüglich Griechenlands zu berathen, dementirten, schreibt man jetzt aus Petersburg, daß man dort das Zusammengehen der Westmächte freudig begrüßen und an den zu ergreifenden Maßnahmen theilnehmen werde.

Das Journal „l'Egypte“ veröffentlicht eine officiële Note des ägyptischen auswärtigen Ministeriums des Inhalts, daß der Prinz Ismael Bey, Sohn des verstorbenen Prinzen Mohamed-Ali, in Folge eines gerichtlichen Urtheils unter Sequester gestellt ist, daher jedes mit demselben allein abgeschlossene Engagement als null und nichtig betrachtet werden muß. Die Hindernisse, welche sich der Ausführung des

Schiedsrichterspruches Napoleon's III. in der Suez-Canal-Angelegenheit entgegengestellt, scheinen nun ganz überwunden. Das Londoner Cabinet hat seinen Widerspruch aufgegeben, und in Aegypten selbst ist eine Commission zusammengetreten, welche den Gegenstand endgültig regeln soll.

Die Berichte aus dem Libanon dagegen sind wenig zufriedenstellend. Joseph Karam, der alte Häuptling, soll einen Aufstand vorbereiten und Daud Pascha in Constantinopel um Verstärkungen und Befehlsmäßigkeiten nachgesucht haben.

Die Nachricht, daß die Zurückziehung der französischen Truppen als eine nahe Eventualität bevorstehe, bestätigt sich vollkommen. Man versichert, daß Kaiser Napoleon ein eigenhändiges Schreiben Maximilians I. erhalten, in welchem der mexicanische Staatsoberhaupt, daß der im Artikel 2 des Vertrages von Miramare vorgesehene Zeitpunkt der Consolidirung der neuen Herrschaft eingetreten sei, die Regierung fühle sich stark genug die Ordnung in Mexico ohne Hilfe französischer Truppen ansrecht zu erhalten. Das junge Kaiserreich besitze nicht nur eine nationale Armee, sondern werde unterstützt durch ein österreichisches, eine belgische Legion und zahlreiche zuverlässige Milizen. Maximilian dankt für die bisherige Unterstützung. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß das mexicanische Kaiserreich bereits als genügend consolidirt sich darstellt, dessenungeachtet beweisen wir obige Nachricht.

Den mexicanischen Präsidenten Juarez und Ortega hat sich jetzt ein Dritter zugesellt, der die Präsidentenchaft über die nicht mehr bestehende mexicanische Republik anstrebt. Es ist dies der General Manuel Ruiz, Kriegsminister des Juarez und Präsident des höchsten Gerichtshofes. In dieser höchsten Eigenschaft ist er nach Ablauf der Amtsperiode von Juarez bis zur Einsetzung eines neuen Präsidenten der einzige Vertreter der constitutionellen Gewalt in der Republik Mexico. Diese Candidatur ist für das mexicanische Kaiserreich um so interessanter, als Ruiz bereits daselbst anerkannt hat und aus dem kaiserlichen Lager eine Protestation gegen jede Amtsverlängerung des Juarez ergehen läßt.

Die „G. C.“ schreibt: Die a. h. Entschliessung vom 16. Dec. 1865, in Folge deren die Leitung der Strafanstalten aus dem Ressort des Staatsministeriums in jenes der Justiz übertragen wurde, hat den öffentlichen Blättern wiederholten Anlaß geboten, auf die Reformen hinzuweisen, welche in unserem Gefängnißwesen eintreten müssen.

Wir begreifen die Theilnahme, welche sich darin für einen so wichtigen Gegenstand ausspricht und ehren selbst die sich ändernde Ungeduld, welche in der ersten ihre volle Rechtfertigung findet; wir glauben aber auch für die Regierung das Vertrauen in Anspruch nehmen zu können, daß sie die Letzte ist, welche sich der Einsicht verschließt: daß die Strafanstalten einer Reform bedürfen, daß diese im Geiste der Zeit bewirkt und dabei das Gebot der Gerechtigkeit mit jenem der Humanität in Einklang gebracht werden müssen.

Wenn aber die „Presse“ in ihrer Nr. 4 darauf hindeutet, daß die Reformen des Gefängnißwesens durch das materielle Strafgesetz bedingt sind, so hat sie damit einen Gedanken ausgesprochen, der wohl über die weiten Kreise ihrer Leser hinaus volle Beachtung verdienen dürfte.

Sind die Strafanstalten jene Stätten, in welchen die vom Geseze angedrohten und von den Gerichten verhängten Strafen abgebußt werden sollen, so liegt nahe, daß die Strafen, das ihnen zu Grunde liegende Princip und ihre daraus abgeleiteten Abstufungen zuerst im materiellen Strafgesetze festgesetzt sein müssen, bevor man zu der Frage gelangt: auf welche Art die verhängten Strafen in Vollzug zu setzen sind.

So lange die Theorie den Hauptzweck der Strafen in der Abhrehung erblickte und die Strafen nur nach dem größeren und kleineren Maße physischer Leiden abzustufen wußte, welche sie über die Verurtheilten häufte, fiel den Strafanstalten nur die allerdings harte, aber nicht schwer zu lösende Aufgabe zu: diese Leiden auch thatsächlich eintreten zu lassen.

Sobald aber der Gesezgeber bei der Strafe, neben der Sühne für den verletzten Rechtszustand, auch den weiteren Zweck: den arbeitsscheuen Feind der bürgerlichen Gesellschaft in ein arbeitames, sich und dieser Gesellschaft nütliches Glied zu verwandeln, anstrebt, schon bei den qualitativen Abstufungen der Strafen auch auf die der strafbaren Handlung zu Grunde liegende Triebfeder vorwiegende Rücksicht nimmt, und aus der Reihe der Mittel zu dem angestrebten Zweck, unter Festhaltung des Uebels der entzogenen Freiheit, Alles ausscheidet, was der Humanität widerspricht, das Gemüth des Verirrten verbittert und daher seine Sinnesänderung beeinträchtigt, wird auch der Straf-

vollzug auf den höheren, aber auch dankbaren Standpunkt gestellt: die ihm vom Gesetzgeber vorgezeichnete Aufgabe zur glücklichen Lösung zu bringen.

Die mit der Redaction des Strafgesetzes betraute Commission unterzieht sich ihrer Arbeit mit aufopferndem Eifer und wird wohl auch die Schwierigkeiten lösen, auf welche die „Presse“ in ihrer oben erwähnten Nummer mit vollem Rechte hinweist.

Erst wenn ihr dieses gelungen, und das neue Strafgesetz in Wirksamkeit getreten sein wird, können durchgreifende Reformen in den Strafanstalten bewirkt werden, während bis dahin nur jene Aenderungen eintreten können, welche innerhalb des Wirkungsbereiches der Executiv gelegen sind.

Der gestern mitgetheilte Artikel, mit welchem die „Abendpost“ die Publication des österreichisch-englischen Handelsvertrages begleitete, verdient, wie ein offizielles Wiener Blatt heute besonders hervorheben zu müssen glaubt, sowohl in seiner allgemeinen Bedeutung, als in einer seiner Hauptstellen, welche gleichwohl dem flüchtig lesenden Auge leicht entgeht, nähere Beachtung. Im Allgemeinen werde man die entschiedene Betonung zu beachten haben, mit welcher sich die Regierung durch diesen Vertrag „offen zu den großen Principien des wirtschaftlichen Lebens bekennt, welche die Wissenschaft seit langer Zeit als die einzig richtigen erwiesen, als welche sie die Erfahrung verallgemeinert, welche sie bis jetzt adaptirt, auf das Glänzendste bewährt hat und denen sich zu verschließen mit einer Verurtheilung Oesterreichs zum Niedergange und zur Verarmung gleichbedeutend sein würde.“ Wer da wisse, was dazu gehört, bis man in Oesterreich mit einem in thatsächlicher Geltung stehenden Princip offen und vollständig bricht — die einfache und ehrende Erklärung dafür ist durch die Gewohnheit der Regierung gegeben, das Princip, zu welchem sie sich einmal bekannt, ganz und treu und in allen seinen Consequenzen zu acceptiren — der werde das Gewicht einer so rücksichtslosen Erklärung doppelt bedeutsam anschlagen und es für keine bloße Phrase halten, wenn ihr ausdrücklich hinzugefügt wird, daß die kaiserliche Regierung „auch auf diesem Gebiete die Bahn des Fortschrittes mit vollem Bewußtsein und in klarer Erkenntnis des Zieles betreten, indem sie zugleich die Brücken der Rückkehr zur alten Handelspolitik für immer hinter sich abbraut.“ Speziell aber werde der Passus nicht zu übersehen sein, der es als das unverrückbare Ziel der Regierung bezeichnet, dem mit England bereits abgeschlossenen und dem mit Frankreich in der Verhandlung begriffenen Handelsvertrage „den Abschluß weiterer Verträge in Ost und Süd“ folgen zu lassen. Und in der That glaubt das Blatt hinzufügen zu dürfen, daß ein Arrangement, um mit dem „Süden“, um mit Italien, wenn auch unter strenger Fernhaltung aller unmittelbar politischen Momente zu geregelten commerciellen Beziehungen zu gelangen, ein Arrangement, welches das Ministerium, das ganze Ministerium hinausgesetzt ins Auge faßt, seiner Verwirklichung näher ist, als man im Allgemeinen zu glauben scheint.

Nach Berichten aus Bern werden die Unterhandlungen über den Handelsvertrag der Schweiz mit dem Zollverein, deren Aufnahme man schon im December erwartete, da jetzt der Handelsvertrag zwischen Deutschland und dem Königreich Italien zu Stande gekommen, worauf immer vertrieben ward, endlich von den Abgeordneten Baierns, Badens, Württembergs und der Schweiz in Stuttgart wieder aufgenommen werden. Wenigstens glaubt der Bundesrath nach den ihm gemachten Versicherungen sich dieser Hoffnungen mit Bestimmtheit hingeben zu können.

Aus Florenz meldet man, daß sich die Vertreter Preußens und des Großherzogthums Baden zu Gunsten des Gotthard-Bahnprojectes ausgesprochen haben, während Graf v. Houpeau, der dort angelangte bairische Gesandte, für den Sphigen in Schranken tritt.

Man spricht von der bevorstehenden Umwandlung der Sprocentigen italienischen Rente in ein Sprocentiges Papier als dem einzigen Rettungsmittel Scialojas.

Krakau, 13. Jänner.

Am 6. d. sind nachbenannte kais. österreichische Staatsangehörige aus der russischen Gefangenschaft heimgekehrt und wurden vom Grenzbezirksamte in Saworzo an ihre Zuständigkeitsbehörden abgeliefert:

- 1) Wiktoria Wilhelm alias Niedowski, 25 Jahre alt, Handlungs-Commis, aus Krakau.
- 2) Dec Adalbert, 22 Jahre alt, Schustergehilfe aus Sokolow.
- 3) Kalemba Thomas alias Bogacki Labislans, 25 Jahre alt, Schneidergehilfe aus Krzeszowice.

Aus Preussisch-Oberschlesien, 6. Jan.

Neue Aufschlüsse von Blei- und Silbererzen. — Die Seidenzucht Schlesiens im Jahre 1865. Im Laufe dieses Jahres sind im ober-schlesischen Bergwerks-District mehrere Schürfunge auf Bleierz vorgenommen worden und ist es gelungen, in der Gegend bei Ober-Beuthen auch einige neue Gruben hierdurch zu etabliren. Den namhaftesten Fund hat aber der Graf Guido Henkel von Donnersmarck in Neudorf auf der Herrschaft Woißnitz gemacht, wo in unbeträchtlicher Tiefe ein mächtiges Lager von Bleiglanz aufgedeckt worden ist. — Die Seidenzucht, welche bisher in Schlesien nur spärlich betrieben wurde, hat in letzter Zeit einen ziemlich bedeutenden Aufschwung genommen. Im Frühjahr 1861 erhielt der Breslauer Seidenbau-Verein durch den Regierungsrath Widura aus Breslau japanische Original-Grains der Weißspinner-Seidenraupe und verbreitete die Reproduktionen aus denselben in den folgenden Jahren in der Provinz, so daß im vorigen Jahre mit seltenen Ausnahmen nur japanische Weißspinner gezogen wurden. Diese drei

Nachzuchten ergaben glückliche Ernten. Im Frühjahr 1865 kamen außer den japanischen Grains vierter Reproduktion auch japanische Original-Grains zur Auslage. Von den letzteren erhielt der Verein durch das landwirtschaftliche Ministerium ca. 10 Cartons zur unentgeltlichen Vertheilung an schlesische Züchter; auch der Commercienrath A. Henje in Berlin hatte dergleichen bezogen und verkaufte den Carton, ca. 1 1/2 Loth Grains enthaltend, zum Selbstkostenpreise von 5 1/2 Thlr. Wider Erwarten trat nun dieses Jahr auch unter den japanischen Raupen die Pilz-Krankheit auf. Die Cocons-Production ist deshalb gegen das Vorjahr zurückgeblieben; sie ergab ca. 4000 Meßen à 1 1/4 — 1 1/2 Pfd. Der Preis bester Waare stellt sich dem zu Lyon entsprechend pr. Pfund auf 28 Sgr., pr. Meßen auf 1 1/2 — 1 1/4 Thlr. Für beste Grains-Cocons wurde pr. Meßen bis 1 1/2 Thlr. bezahlt; doch fanden solche Ankäufe nur in beschränktem Maße statt. Die Cocons aus den Grains vierter Reproduktion sind sämtlich als Haspelwaare verkauft worden, so daß im nächsten Jahre nur Grains erster Reproduktion zur Auslage kommen werden. Bemerkenswerth ist, daß die vierte Reproduktion in Frankreich, Italien und Ungarn noch bei Weitem ungünstigere Resultate geliefert hat, als bei uns. Es scheint ohne Zweifel, daß jeder Temperaturwechsel die Entwicklung der Pilschicht sehr begünstigt. Die Frage, ob Weiß- oder Grünspinner (Gelbspinner sind bisher noch nicht aus Japan zu uns gekommen) mehr zu empfehlen, scheint noch nicht endgültig entschieden. Die Grünspinner wurden von vielen Züchtern, namentlich in Italien, für robuster, als die weißen, gehalten. Die Seidenfabrikanten geben jedoch vielfach der weißen Seide den Vorzug. Florett-Spinnereibesitzer Friedheim in Berlin erhielt dieses Frühjahr Original-Grains von Gelbspinners aus Japan. Die Züchter sind jedoch überall misguthen. Die Verwertung der durchbrochenen Cocons und der Abfälle in den Haspelanstalten war bis vor wenig Jahren eine sehr wenig lebende. Jetzt ist es aber den Florett-Spinnereien der Schweiz und namentlich Englands gelungen, ein so feines und gleichmäßiges Garn herzustellen, daß in der Schweiz pr. Pfund durchbrochene Cocons franco Einlauf 2 Thlr. in diesem Sommer gezahlt wurden, während es noch vor wenig Jahren für 1/4 — 1/3 Thlr. zu haben war. Der oben genannte Friedheim hat als der erste in Deutschland eine Florett-Spinnerei zu Trebbin errichtet, welche vergangenen Sommer schon täglich ca. 36 Pfd. „Schappe“ liefert.

Landtagsverhandlungen.

Ueber die Sitzung des galizischen Landtages vom 11. d. liegt folgender von dem gestern mitgetheilten Telegramm des „Gaz.“ abweichender tel. Bericht vor: Es sind 87 weitere Petitionen eingelaufen. Nachstehende Anträge werden eingebracht: Abg. Wladykowski auf Mauthfreiheit der mit der Mutter laufenden Fohlen; derselbe auf Einführung der Abhängerneulunde als obligaten Lehrgegenstand an den Schullehrerparandencuren; Rabach auf Einführung eigener Landesbeschulbehörden, auf eine Schulreform und Vermehrung der Gymnasien; Pietruski auf Aufhebung der Tarnawitschlag bei Pfarrbesetzungen; Russocki auf Ausdehnung der den bauerlichen Grundbesitzern zugestandenen Recrutirungsbezugungen auf die übrigen Grundbesitzer. Sämtliche Anträge werden unterstützt. Auf eine Interpellation des Abg. Naumowicz wegen Sistirung der Steuereremtionen im Brzezaner Kreise und auf die ähnliche Interpellation Starowiejski's bezüglich des Krakauer Administrationsgebietes erwidert der Regierungskommissär, daß die nöthigen Instructionen bereits erteilt seien. In Folge einer Interpellation Golewskis betreffend die Nothstandsangelegenheit erklärt der Regierungskommissär, daß die offizielle Mittheilung über die Allerhöchste Sanctionirung des Nothstandsgesetzes morgen erfolgen werde. Nächste Sitzung morgen.

Die Frage, ob die Gutsgebiete aus den Gemeinden ausgeschieden werden sollen oder nicht, dürfte im galizischen Landtag lebhafteste Debatte hervorrufen. Der Ausschuss, welchem die Regierungsvorlage, betreffend das Gemeindegesetz für Galizien, vorgelegt worden ist, hat sich vorerst mit 12 gegen 11 Stimmen für die Vereinigung der Gutsgebiete mit den Gemeinden entschieden, castirte jedoch bald darauf diesen Beschluß und erklärte sich bei einer erneuert vorgenommenen Abstimmung mit 16 gegen 7 Stimmen für die Ausscheidung der Gutsgebiete. Dieser eigenthümliche Vorgang hat in den weitesten Kreisen des Landes überaus Aufsehen erregt und unter dem Botanten des Gemeindeauschusses, welcher unter dem Vorsitze des Grafen Golewowski tagt, etwas näher an. Die 7 Abgeordneten, welche beharrlich bei den beiden Abstimmungen für die Vereinigung stimmten, sind: Fürst Sanguszko, Graf Golewowski, die Advocaten Gajkowski und Gnoinski, der israelitische Deputirte Dubs und noch sechs andere Gutsbesitzer. Die fünf Ueberläufer sind — Ruthenen. Zur Erklärung dieses Umstandes in den Ansichten ist man mit der Unterstellung zur Hand, daß es hier einer ausgegebenen Parole gemäß einen Kampf zwischen dem „klerical-bureaucratischen“ Ruthenenthum gegen den Einfluß des Grundherenthums gilt. Wir bedauern, daß die uns auferlegte Reserve verbietet, Theil an Erörterung dieser wie anderer vitalen Fragen zu nehmen, wir müssen uns auf die Rolle des Berichterstatters beschränken, und von diesem objectiven Standpunkt aus sehen wir in dem Verhalten der Ruthenen wohl eine große Inconsequenz, zuletzt aber etwas nicht allzuschwer zu erklärendes. Um dieselben aus ihrem streng abgeschlossenen Standpunkt hervor-

zulocken, dürfte eine große Reihe von Vorfragen zu ihren Gunsten zu entscheiden sein.

In der Sitzung des mährischen Landtages am 9. d. kam der vielbesprochene Prohniker Wahlact zur Vorlage. Der Referent Dr. Adamczik beantragte die Ungültigkeitserklärung der Wahl, eventuell die Anerkennung des Bürgermeisters Zajicek als Gewählten; für die Ungültigkeitserklärung wurde, wie der „Mährische Correspondent“ berichtet, geltend gemacht, daß Tags vor der Wahl vom Bezirksamte an 20 Wähler ohne ein ordentliches Reclamationsverfahren in die Wahlliste eingetragen wurden, und daß selbst bei der Wahl mehrere Wähler, ohne in die Wählerliste eingetragen zu sein und ohne Legitimationen zu besitzen, zur Stimmgebung zugelassen wurden. Ferner plaidirte Dr. Adamczik für das Wahlrecht der Frauen, denen wohl die Legitimationen zukamen, auch die Stimmgebung gestattet, aber die Zahlung ihrer Stimmen beim Scrutinium verweigert wurde. Wenn man indeß von diesen und anderen schwereren Formgebrechen absehen wollte, und solche Stimmen nicht zählen würde, so habe der Bürgermeister Zajicek die Majorität. — Dr. Praza und mit ihm Graf Serenyi und Graf Belcredi erklärten sich für die Gültigkeit der Wahl, was gegenüber den Stimmen des Dr. Adamczik und Dr. Giska die Majorität bildete.

Aus Pest, 11. Jänner, wird gemeldet: Beide Landtagshäuser veranlassen ein Requiem für den verstorbenen Erzbischof Kunzt. Anlässlich Dessow's Tod mehren von den öffentlichen Gebäuden Trauerfahnen. Die Wahl des Acker Deputirten Szentendre, bei dessen Wahl die bekannten Erzfische vorfielen, wurden verificirt.

Telegraphische Landtagsberichte.

Prag, 11. Jänner. [Fortsetzung des Landtagsberichts.] Graf Leo Thun begrüßte seinen Antrag auf Tagesordnung: er beantragt eventuell das Materielle der Ausschüsse an die Commission zur eingehenden Erwägung zurückzuweisen. Für die Commissionsanträge sprechen Hanisch, Bibus, Grünwald; für den Antrag Thun spricht Graf Clam-Martinic. An Stelle des erkrankten Grafen Lazarsky vertritt Statthalterreich Neupauer das Vorgehen der Regierung, sagt, der Mandatsverlust Gregers sei ipso facto eingetreten und er müsse die Regierung gegen den (vom Commissionsreferenten Taschek erhobenen) Vorwurf, die Regierung habe sich hiebei Uebergriffe erlaubt, entschieden verwahren. Die Anträge des Grafen Leo Thun werden sodann abgelehnt, die Ausschüsse in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die vorgestrichen Wahlen aus dem Großgrundbesitz werden agnoscirt, die Gewählten leisten die Angelobung. Die vorjährigen Anträge auf Aenderung der Landtagswahlordnung wurden über Antrag des Landesauschusses an eine fünfzehngliedrige Commission überwiesen und die von dem Vertreter der Regierung hiezu gemachten Materialien von demselben mit dem Bemerkten zugesagt, die Regierung sei gewiß gern bereit, berechtigten Anforderungen zu entsprechen. (Beifall.) Das Grundentlastungsgesetz wird schließlich in dritter Lesung mit Majorität angenommen. Nächste Sitzung Samstag.

Ein Prager Telegramm des „Fremdenblatt“ vom 11. d. meldet: In die Commission zur Wahlordnungrevision wurden gewählt: die Grafen Clam-Martinic, Leo Thun, Fürst Carl Schwarzenberg, August Gienstein, Fürst Georg Lobkowitz, Brinz, Prof. Hasner, Herbst, Schreit, Taschek, Palachy, Nieger, Brauner, Stadlovsky und Klauy.

Pest, 11. Jänner. In der heutigen Unterhaus-sitzung wurden die Verificationsverhandlungen begonnen und referirte der 9. Abtheilung über die beanstandeten Wahlen der 1. Abtheilung. Die Wahlen der Herren Carl Acs, Joseph Just und Julius Raug wurden als verificirt erklärt, gegen die Wahlen des Carl Gyéne und Sigmund Grabowsky die Unternehmung angeordnet. Morgen referirt die 1. Abtheilung über die Wahl der 2. Abtheilung.

Ein, 11. Jänner. Abg. Seyrl und Genossen beantragen ein Gesetz des Inhalts: Alle Rechte, die nach § 6 des Patentes von 5. Juli 1853 von Amts wegen der Ablösung und Regulirung unterliegen, sind binnen sechs Monaten nach Kundmachung dieses Gesetzes zur Kenntniß der Grundentlastungsbehörde zu bringen. Werden bis zu jenem Termine derlei Rechte nicht angemeldet, so hat die schuldtragende Partei die Kosten der hierüber einkuleitenden Amtshandlungen zu tragen. — Hierauf Erledigung des Landesprälaminars pro 1866.

Graz, 11. Jänner. Zur Erwägung der Mittel wegen möglicher schneller Steuierung der Unsicherheit auf dem fladen Land wird ein Ausschuss von 7 Mitgliedern gewählt. Fortsetzung der Verhandlung über das Grundtheilungsgesetz. Dasselbe wird angenommen. Mehrere Capitel des Neuenstaats-Berichtes und des Voranschlages werden erledigt. Nächste Sitzung Samstag.

Klagenfurt, 11. Jänner. Abg. Baron Sternneck beantragt, daß für Grundtauschverträge in Kärnten zur Arrondirungszwecken Gelübren- und Stempel-freieit, sowie Ermäßigung der Percentualgebühren auf fünf Jahre bei der Regierung erwirkt werde. Dieser Antrag wird an den Landesauschuss gewiesen. Das Gesetz über die Bauordnung wird bis zu §. 51 verhandelt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. Jänner.

Ihre k. Hoheit Frau Erzherzogin Sophie bezieht am 27. Jänner höchstfrüher Geburtstest. Am Vorabend des Festes findet in den Appartements Ihrer k. Hoheit ein großes Hofconcert statt, in welchem mehrere der hervorragendsten Künstler mitwirken werden.

Se. k. Hoheit Erzherzog Rainer feierte gestern im Familienkreise sein 39. Geburtstest. Se. k. Hoheit nahmen gestern Vormittags die Gratulations- und Glückwünsche der hohen und höchsten Herrschaften entgegen. Nachmittags 4 Uhr fand im Palais Sr. k. Hoheit ein großes Familiendiner statt, an welchem die sämtlichen hier weilenden k. k. Herren Erzherzoge und Erzherzoginnen, Prinzen u. Theil nahmen. Ihre kais. Hoheiten der Herr Erzherzog Carl Ludwig und die Frau Erzherzogin Maria Annunziata haben sich vorgestern von Graz nach Miramare begeben.

Die „Debatte“ sagt über das Gerücht von einer bevorstehenden Reise Ihrer Majestäten nach Prag: „Die in einem Wiener Blatte mit großer Bestimmtheit auftretende Nachricht, daß die Reise Ihrer Majestäten nach Prag eine beschlossene Thatsache sei, präventirte sich wohl auf den ersten Blick als eine nach dem Vorgange in Ungarn construirte Meldung, und ist auch in der That, wie uns mitgeteilt wird, wesentlich ungenau. Schon seit langer Zeit liegt ein Auszug nach Prag zwar im Plane Ihrer Majestäten, allein weder ist ein definitiver Beschluß bis jetzt gefaßt worden, noch werden ihm, falls er gefaßt werden sollte, politische Motive zu Grunde gelegt werden.“

Der k. belgische Gesandte Herr Graf D'Estimé van ist gestern Abends 10 Uhr nach längerer Krankheit gestorben.

Fürst Camill Rohan hat, um der ruhmreichen k. k. Armee einen neuerlichen Beweis seiner Bewunderung zu geben, sich bestimmt gefunden, ein Capital von 10.000 fl. d. W. seiner Hauptcasse zuzuwenden, welche die entfallenden 5procentigen Zinsen je 500 fl. d. W. jährlich Anfang März dem jeweilig commandirenden Herrn General in Böhmen zustellen wird, um hievon 10 k. k. Officiere vom Hauptmann abwärts, welche zur Cur das Carlsbader Militärbadhaus benützen wollen, zu betheilen.

Die Wiener und Pester Journalisten bahnen eine Verständigung zwischen Ost- und West-Telegraphen vorläufig auf den Parquetten des Baalhauses an. Die Wiener haben eine Einladung zu dem am 11. stattgehabten Ball des ungarischen Schriftsteller-Vereines empfangen, und dieser Einladung durch eine Deputation des Wiener Schriftsteller-Vereines „Concordia“ Folge geleistet. Dagegen wurde der ungarische Verein in corpore zu dem Wiener „Concordia“-Ball geladen.

Se. Hoheit der k. k. Generalmajor Prinz Württemberg weilt gegenwärtig noch in Africa und wird wahrscheinlich erst im Laufe des Monats Februar in Graz eintreffen.

Se. k. Hoheit Fürst Peter von Oldenburg, k. russischer General, ist mit seiner Gemahlin und seinen Kindern am 8. d. M. in Venedig angekommen.

Deutschland.

Aus Flensburg läßt sich die „Berl. Börs.-Ztg.“ telegraphiren: Die Augustenburger gestimmten „Flensburger Nachrichten“, welche bisher drei Mal wöchentlich erschienen sind, sollten von jetzt ab täglich erscheinen, die Landesregierung hat ihnen indeß die Concession hiezu nicht erteilt.

Die Hessendarmstädter Regierung hat vom Frankfurter Senat die Auslieferung Johann Ronges verlangt, welcher wegen Verleumdung des Bischofs von Kettler in Mainz daselbst zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt ist. Der Senat soll das Gesuch um Auslieferung abgelehnt haben. Am 6. d. wurde Johannes Ronge wegen Schmähung der katholischen Kirche von dem Justizpolizeigericht zu Saarbrücken zu einer Woche Gefängniß verurtheilt.

Frankreich.

Paris, 10. Jänner. Der Dreikönigstag wurde in den Antikien sehr feierlich begangen. Die Prinzessin zu Hohenzollern zog die Bohne und wählte den kaiserlichen Prinzen zu ihrem Bohnenkönige. Dieser überreichte ihr ein kostbares Armband. — Es sollen jetzt General-Inspectoren des Handels und der Industrie ernannt werden, welche 15.000 Fr. Gehalt bekommen werden. — In der letzten Sitzung der Abvocatenkammer von Paris wurde sehr lebhaft über eine Frage verhandelt, die in den betreffenden Kreisen Deutschlands auch seit längerer Zeit Gegenstand beständiger Discussionen ist. Es handelte sich um die Dispensirbarkeit, das Selbstdispensiren homöopathischer Aerzte, das dem Gesetze vom Germal des Jahres XI widerspricht. Die Kammer bejahte die Zulässigkeit für den Fall, daß keine homöopathischen Apotheken zur Hand seien.

Die hiesigen Blätter sprechen sich heute theilweise, auch der „Moniteur“ in seiner Wochenumschau, dahin aus, daß der Versuch Prim's als gescheitert zu betrachten sei. Die Nachrichten aus Bayonne widersprechen dem jedoch vollständig. Abgesehen davon, verfolgt General Prim einfach einen im voraus festgestellten Plan, dem zufolge er sich so lange verfolgen lassen wird, bis er die gehörige Streitmacht zusammen hat, um den über ganz Spanien verbreiteten Theilnehmern an der Verschwörung mit Sicherheit das Signal zum Losschlagen geben zu können.

Schweiz.

Der Züricher Corr. des „Zien. Wäz.“ erzählt von einem, von Mitgliedern des dortigen polnischen wissenschaftlichen Vereins gegebenen Ball, der am Sylvesterabend in der „Wirthschaft zur Sonne“ stattgefunden. Außer den polnischen Emigranten beiderlei Geschlechts waren an diesem Ball auch die in Zürich studirenden Böhmen, Serben, Ungarn, Mitglieder der slavischen Besele, und etliche Schweizer und Deutsche anwesend. Um 11 Uhr, als eben Mazur getanzt wurde, stürzte plötzlich das Mitglied des Leitungsrathes der verbundenen Vereine, Dobiecki in den Saal und remonstrirte auf das heftigste gegen das ihm unpassend erscheinende Tanzen. Dobiecki wurde jedoch bei Seite geschafft und die Unterhaltung währte bis zum Anbruch des Tages; beim Seuper wurden über 60 Reden in verschiedenen Sprachen gehalten.

Der Kinderpeftausbruch in Felszyn und Sesiadowice des Starostes Bezirks im Samborer Kreise wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krafaun, am 30. Dezember 1865.

Der Kinderpeftausbruch im Marktflechte Mikolajow und im Droboszyz Altmann Grobla des Mikolajower Bezirks im Strojzer Kreise und die Einstellung der Hornviehmärkte in Mikolajow und Rozdol wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntniss gebracht, dass die den Strojzer Kreis passirenden Treibherden von Strojz aus lediglich über Sambor nach dem Eisenbahnhofe zu Mosciska instradirt werden.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krafaun, am 3. Jänner 1866.

C. k. Sad krajowy niniejszym ogłasza, iż na żądanie p. Adolfa Winklera otwarcie konkursu na cały ruchomy majątek handlu galanterijnego w Krakowie pod firmą Teofil Seifert, tudzież jawnych wspólników tegoż handlu p. Teofila Apolinarego Seifera i p. Adolfa Winklera, jak również na ich majątek nieruchomości, o ile takowy w krajach koronnych, w których rozporządzenie cesarskie z dnia 20 listopada 1852 l. 251 dz. pr. p. obowiązuje, jest położony, zezwolenem zostało.

Wzywa się zatem wszystkich, którzy sobie do tej upadłości jakiegokolwiek prawa roszcżą, aby się ze swoimi z jakiegobądź prawnego tytułu pochodzącymi pretensjami najdalej do dnia 31 marca 1866 w formie pozwu przeciw ustanowionemu w osobie p. Dra. Samelsona zastępcy upadłości, któremu się p. Dra. Schönborna substytuje, zgłosili, w razie bowiem przeciwnym wykluczeni zostaną od majątku obecnie do upadłości należącego, jak również w przyszłości przyrósć mogącego, o ile takowy przez zgłaszających się wierzycieli wyczerpanym zostanie, a to bez względu na możliwe prawo własności lub zastawu na rzeczy do upadłości należącej im przysługującej i bez względu na możliwe prawo kompensacji, tak, że w ostatnim przypadku do zapłacenia swojego długu na rzecz masy krydlniej bez względu na prawa kompensacji, własności lub zastawu im przysługującego zmuszonymi byliby zostali.

Tymczasowym zarządcą upadłości mianuje się p. Wincentego Wolfa, bankiera. Do wyboru stałego zarządcy masy i wydziału wierzycieli, do ustanowienia sposobu zarządu upadłości oraz do tentowania ugody wzywa się termin na dzień 5 kwietnia 1866 na godzinę 10 zrana, na który się wzywa wszystkich zgłaszających się wierzycieli.

Kraków, 8 stycznia 1866.

C. k. Sad krajowy zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tymbergera, że przeciw niemu p. Mendel Fränkel dnia 29 grudnia 1865 l. 24635 o zapłacenia sumy wekslowej 520 złr. w. a. z przyn. wniósł pozew.

Gdy miejsce pobytu pozwanego jest niewiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego p. adw. Dra. Koczynskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby albo sam zarządził swe wniósł, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrać i o tém c. k. Sadowi krajowemu donieść, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 3 stycznia 1866.

Beim k. k. Landes- als Handelsgerichte in Krafaun sind in das Handelsregister für Einzelnfirmen eingetragen, u. z.

am 9. October 1865,
Firma: „Heinrich Gartner“, Firmainhaber Heinrich Gartner, Gehlhändler in Biala;

am 23. October 1865,
„Tadeusz Tarasiewicz“, Firmainhaber Thaddäus Tarasiewicz, Besitzer einer Eisen- und Nürnberger-Waaren-Handlung, dann eines Expeditions- und Commissions-Geschäftes in Krafaun.

am 11. November 1865,
„Heinrich Schwarz“, in der deutschen, „Henryk Schwarz“, in der polnischen Sprache, Firmainhaber Heinrich Schwarz, Besitzer einer Schnittwaaren-Handlung in Krafaun.

Für Gesellschaftsfirmen:
am 23. October 1865,

„Isenbergs & Thorns Söhne“, Offene Gesellschaft seit 30. April 1862. Offene Gesellschafter sind: Isach Isenberg und Moses Thorn, Spezereiwaaren-Händler in Krafaun. Das Recht die Gesellschaft zu vertreten, steht beiden Gesellschaftern zu.

Am 11. November 1865 wurde die Firma „D. Rappaport“ Commissionsgeschäft in Krafaun, von Amtswegen gelöscht.

Krafaun, 20. November 1865.

Vom k. k. Kreisgerichte wird bekannt gegeben, es werde im Nachhange des h. g. Beschlusses vom 26. Juni 1865 3. 4287 behufs Befriedigung der vom Dr. Adam Morawski wider Grn. Felix Morsko Morski erlegten Beschlusses von 3500 fl. ö. W. i. N. G. zur executiven Befriedigung der dem Schulner in 1/2 Theilen gehörenden, im Tarnower Kreise gelegenen Güter Latoszyn sammt Zugehör Swidnica recte Swidlica ein neuer Termin auf den 20. Februar 1866 um 9 Uhr Vorm. hiergerichts anberaumt, bei welchem jene Güter unter den mit obbezogenem h. g. Beschlusse vom 26. Juni 1865 3. 4287 festgestellten Bedingungen veräußert werden.

Die Licitationsbedingungen und der Tabular-Auszug können in der h. g. Registratur, am Termine aber bei der Licitations-Commission eingesehen werden.

Hiezu werden der Executionsführer, der Execut, die Mitligentinnen Grn. Sophie Morska zu Händen der Vormünderin und Mutter Gr. Leopoldine Morska, die Tabulargläubiger, dann die dem Wohnorte nach unbekannten Gläubiger, welche mit ihren Forderungen erst nach dem 11. September 1864 an die Gewähr dieser Güter gelangt sein sollen, und endlich diejenigen, welchen dieser Beibehaltungsbescheid aus was immer für einem Grunde entweder gar nicht, oder nicht rechtzeitig zugestellt werden sollte, zu Händen des Grn. Adv. Dr. Rosenberg als Curators in Kenntniss gesetzt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, am 21. Dezember 1865.

C. k. Sad obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Apolinary Przyłęcki przeciw nieobjętej masie spadkowej Zofii z Majewskich Kamińskiej, tudzież Ludmili z Palchów Czyczewiczowej, a na wypadek jej śmierci onęjże spadkobiercom o ekstabulacye prawa dożywocia połowy dóbr Wolicy i Walowic w stanie czynnym onęjże Dom. 8, p. 100, n. 8 haer. zainstabulowanego wraz z nadziejarami z przyn. dnia 50 listopada 1865 do l. 18546 skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, wskutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 13 marca 1866 o godz. 10 zrana wyznaczony został.

Ponieważ pobyt współzapozywaney Ludmili z Palchów Czyczewiczowej lub jej spadkobierców nie jest wiadomym, przeto przynaczył tutejszy Sad dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozowanych tutejszego p. adw. Dra. Grabczyńskiego z substytucją p. adw. Dra. Stojalskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońcę obrali i tutejszemu Sadowi oznajmili, ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki użyli, inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Z Rady c. k. Sadu obwodowego.
Tarnów, dnia 7 grudnia 1865.

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird die Einstellung der Zahlungen und die Einleitung der Vergleichs-Verhandlung über das sämtliche bewegliche, und das in denjenigen Kronländern, für welche das Gesetz vom 17. Dezember 1862 in Wirksamkeit ist, befindliche unbewegliche Vermögen der schulnerischen Handlungsfirma Steinberger et Gleich mit dem Beisatze kundgemacht, daß der Zeitpunkt zur Anmeldung der Forderungen und die Vorladung zur Vergleichs-Verhandlung selbst insbesondere bekannt gemacht werden wird, — daß es jedoch jedem Gläubiger freistehe, seine Forderung, logisch anzumelden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, 8. Jänner 1866.

Damen- und Herren-FRISIR-SALON
Grodgasse, Dominikaner-Platz
im Hause des Hrn. Stockmar Nr. 483 in Krafaun

empfehlst dem P. T. Publicum den eben frisch aus Paris und London angekommenen Transport allerhand **Pomaden, Parfümerien**, aller Gattungen **Kämme und Bürsten**, sowie aller zur Damen- und Herren-Toilette gehörenden Artikel, die zu niedrigsten Preisen verkauft werden.

Ferner habe ich nach dem Beispiele des Auslandes in meinem Salon feste Preise möglichst niedrig eingeführt und zwar kostet eine elegante neuerhandene Herrenperücke von 3—10 fl.; eine Damenperücke von 3—24 fl.; eine halbe Perrücke der f. g. Scheitel für die israelitischen Damen von 1—10 fl. Krepshaare zu den modernen Damenfrisuren von 20 fr. bis 1 fl. Einmalige

Einmaliges Haarschneiden oder Haarbrennen 20 kr.
Alle diese Preise gelten auch für meinen in Rzeszow etablirten Frisir-Salon.

(904. 7)

Stanislaw Komunikci, Perruquier et Coiffeur.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Barom.-Höhe auf 30° Reaum. in Krafaun	nach Reaum. Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung d. Wärme im Laufe des Tages
12	235.36	+ 5.8	61	West-Süd-West schw.	trüb		+0.8
10	228.97	+ 0.8	91	West schwach			+0.3
13	229.63	- 0.6	100	West still			

Rundmachung.

Von der Pfandleih-Anstalt der Filiale Krafaun wird hiemit bekannt gegeben, daß gemäß § 23 ihrer Statuten die bei ihr bis 15. Dezember 1865 verfallenen Pfänder n. z.:

Prätiosen,
d. i. silberne Leuchter, Löffel, Messer, Gabel; goldene und silberne Uhren, Ringe, Ketten, Korallen etc.

Waaren,
bestehend aus Leinwand, Tuch- und Seidenstoffen,

am 15. Jänner 1866,
eventuell

am 16. Jänner 1866
Vormittags 9 Uhr,

im Wege der öffentlichen Versteigerung am Ringplatz Nr. 34 Gm. IV. an den Meistbietenden gegen folgende baare Bezahlung werden hintangegeben werden.

Der Vorstand
(33. 3) **Koritschoner mp.**

Wiener Börse-Bericht.

dem 11. Jänner.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waars
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	59.15	59.25
Aus dem National-Anleihe zu 5% für 100 fl.	66.50	66.70
mit Zinsen vom Jänner — Jult.	66.50	66.60
Retalliquen zu 5% für 100 fl.	62.55	62.65
ditto „ 4 1/2% für 100 fl.	55.90	56.10
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	138.50	139.00
1854 für 100 fl.	77.75	78.25
1860 für 100 fl.	91.65	91.75
Prämiencheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	76.70	76.80
zu 50 fl.	—	—
Sonst. Rentencheine zu 42 L. austr.	16.00	16.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen	Geld	Waars
von Nieder-Oest. zu 5% für 100 fl.	82.00	83.00
von Mähren zu 5% für 100 fl.	81.50	82.00
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.00	88.00
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.00	88.00
von Tirol zu 5% für 100 fl.	84.00	85.00
von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.00	85.00
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	69.75	70.25
von Galizien zu 5% für 100 fl.	68.50	69.00
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	70.00	71.00
von Galizien zu 5% für 100 fl.	67.75	68.50
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	63.50	64.00
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	66.25	66.75

Actien (Pr. St.)

der Nationalbank	Geld	Waars
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	761.00	763.00
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	151.40	151.60
der Niederöst. Compt.-Gesell. zu 500 fl. ö. W.	574.00	576.00
der Kaut. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W.	1609.00	1611.00
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W.	172.60	172.80
der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-Ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr.	178.00	179.00
der Kaut. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W.	121.50	122.50
der Kaut. Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W.	177.25	177.50
der Temeser-Gymerer Eisen-Ges. zu 200 fl. ö. W.	53.50	54.00
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	152.00	152.50
der Süd-nord. Verb.-B. zu 200 fl. ö. W.	110.50	111.00
der Theiss. zu 200 fl. ö. W. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.00	147.50
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	443.00	445.00
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W.	214.00	216.00
der Wiener Dampfmühl.-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	380.00	390.00
der Dien-Verkehr Kettenbrücke zu 500 fl. ö. W.	—	360.00

Pfandbriefe

auf G. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	92.00	92.30
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87.60	87.80
Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	67.75	67.50
S t a d t		
der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. W.	113.60	113.80
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. ö. W.	77.00	77.50
Erster Stadt-Anleihe zu 100 fl. ö. W.	108.50	109.50
der Stadtgemeinde Wien zu 50 fl. ö. W.	46.75	47.25
Stadrgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	22.00	23.00
Giechhau zu 40 fl. ö. W.	80.00	85.00
Salzu zu 40 fl. "	28.00	28.50
Palffy zu 40 fl. "	22.50	23.00
Glau zu 40 fl. "	23.50	24.00
St. Genois zu 40 fl. "	23.50	24.00
Windischgrag zu 20 fl. "	15.50	16.00
Waldheim zu 20 fl. "	18.50	19.00
Regelweis zu 10 fl. "	12.00	12.50
R. k. Hofbank zu 10 fl. österr. Währ.	12.00	12.50

Wechsel, 3 Monate.

Bank (Platz) Sconto	Geld	Waars
Amberg, für 100 fl. süddeutscher W. 6%	88.40	88.40
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. W. 6%	88.00	88.60
Hamburg, für 100 M. W. 7%	78.25	78.50
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	104.70	104.90
Paris, für 100 Francs 5%	41.75	41.80

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours	Beste Course
fl. kr. l. fl. kr.	fl. kr. l. fl. kr.
Kaiserliche Münz-Ducaten	5 1/2 5 21
„ vollen Ducaten	5 1/2 5 21
Krone	8 43 8 45
20 Franc-Stück	8 08 8 70
Russische Imperiale	104 90 105 10

Abgang und Ankunst der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang

von Krafaun nach Wien 7 1/2 Uhr Früh, 3 1/2 Uhr Nachm.; — nach Breslau, nach Odrau und über Obergberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Bielitz 11 Uhr Vormittags, 11 1/2 Uhr Abends.
von Wien nach Krafaun 7 1/2 Uhr Früh, 8 1/2 Uhr 30 Minuten Abends.
von Odrau nach Krafaun 11 Uhr Vormittags.
von Lemberg nach Krafaun 5 1/2 Uhr 20 Minuten Abends und 5 1/2 Uhr 10 Minuten Morgens.

Ankunft

in Krafaun von Wien 9 1/2 Uhr Früh, 7 1/2 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau 9 1/2 Uhr Früh, 5 1/2 Uhr 21 Minuten Abends; — von Warschau 9 1/2 Uhr Früh; — von Odrau über Obergberg nach Preußen 5 1/2 Uhr 27 Minuten Abends; — von Lemberg 6 1/2 Uhr 11 Minuten Früh, 2 1/2 51 Minuten Nachm.; — von Bielitz 6 1/2 Uhr 15 Minuten Abends.